

IMI-Analyse 2002/039b

"Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser" **Ankündigungen zur möglichen CDU/CSU –** **Aussen- und Militärpolitik nach der Bundestagswahl**

In: antimilitarismus information (ami) 08/2002

von Michael Haid *

Das Wahl-Motto Gerhard Schröders von der Bundestagswahl 1998 könnte man genauso auf die politischen Vorhaben Edmund Stoibers übertragen, falls er am 22. September 2002 zum Bundeskanzler gewählt werden sollte. Wir machen nicht alles anders, bedeutet, die zukünftige Politik eines Bundeskanzlers Edmund Stoiber wird die bisherige Kriegspolitik eines Bundeskanzlers Gerhard Schröder keinesfalls ablösen. Der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee wird weitergehen und diese Bundeswehr wird weiterhin dazu genutzt werden deutsche Interessen weltweit militärisch durchzusetzen. Nur Edmund Stoiber und die CDU/CSU-Führung möchten dies viel besser (durch mehr Geld, mehr Spezialtruppen und stärkere Interessendurchsetzung vor allem in der EU, aber auch in der Nato) zu Stande bringen.

Diese zukünftige Politik wird unter den Vorzeichen der Anschläge des 11. Septembers und seinen weltpolitischen Folgen stehen und legitimiert werden. Grundsätzlich bietet der 11. September für die Bundesregierung die Chance das bisherige Feindbild Kommunismus gegen das Feindbild Terrorismus auszutauschen. (Dieser Vorgang vollzieht sich nicht nur auf bundesdeutscher, sondern auf globaler Ebene). mit dieser neuen Legitimationsgrundlage ist es nun möglich ältere Forderungen wie der Einsatz der Bundeswehr im Innern, die Beschneidung des parlamentarischen Entscheidungsrechts bei Auslandseinsätzen oder der Aufstockung des Verteidigungshaushalts, durchzusetzen, die unter anderem in diesem Artikel erörtert werden sollen.

Auf der 31. Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth im Januar diesen Jahres wurde festgehalten, dass der Bundeskanzler mit seinem Versprechen von der "uneingeschränkten Souveränität" verhindert habe, klarzustellen, "dass Deutschland nicht nur abgeleitete, sondern eigene, nationale Interessen in der Terrorismusbekämpfung wahrnehmen muss".¹

So äußerte sich Stoiber in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2002: "Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel der Sicherheitspolitik (...) In der aktuellen Situation sehe ich die Chance und den

¹ Neue Prioritäten für die Sicherheitspolitik. (Beschluss der 31. Klausurtagung der Landesgruppe der CSU in Wildbad Kreuth vom 7.-9. 1. 2002) (Alle folgenden CDU und CSU-Papiere stammen von der Homepage der CDU, www.cdu.de)

Auftrag zur Herausbildung einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur."²

Volker Rühle pflichtete ihm bei anderer Gelegenheit bei, dass "angesichts der aktuellen Herausforderungen (...) die Grundkoordinaten der auswärtigen Beziehungen wieder an den vitalen Interessen Deutschlands ausgerichtet und wieder ins Lot gebracht werden (müssen)."³ Um diese Chance verwirklichen zu können, liegt die Betonung der Präferenzen der CDU/CSU-Strategen eindeutig auf der Europäischen Union und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Partner der USA und zugleich starker, immer unabhängigerer Akteur.

Als ersten Schritt zur Effektivierung der europäischen militärischen Ressourcen ist der Vorschlag des CDU-Bundesvorstands zu werten, eine 5.000 Mann umfassende europäische Spezialkräftetruppe, einschließlich des Kommandos Spezialkräfte, als quasi Sofortmaßnahme aufzustellen. Diese Truppe wäre eine Zusammenlegung der Spezialkräfte der drei wichtigsten europäischen Mächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland und würde hauptsächlich das britische "Special Air Service" SAS, das französische "Forces spéciales françaises" und das deutsche Kommando Spezialkräfte KSK umfassen.⁴ Diese Spezialkräfte sollen europäische militärische Macht in den neuen Antiterror-Kriegen projizieren helfen.⁵

Die Vorstellungen, die Politik der Europäischen Union zu gestalten, weisen auf zwei Hauptlinien hinaus. Einerseits soll die Osterweiterung der Europäischen Union bis 2004 mittel- und osteuropäische Staaten umfassen, die den ökonomischen und geostrategischen Belangen Deutschlands gewaltig Rechnung tragen würden. Gerade ökonomisch versprach sich Volker Rühle in seiner Rede vor dem Forum „Wirtschaft und Politik“ viel. Am Beispiel Polens erläuterte er, daß über 40% der EU-

² Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik. Rede Edmund Stoibers vor der Sicherheitskonferenz in München 2002, zit. nach Europäische Sicherheit; 03/2002, S. 12/13.

³ Den neuen Bedrohungen global begegnen. Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Text Volker Rühle, April 2002

⁴ Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. Einführung in den Antrag des Bundesvorstands (Auszug aus der Niederschrift des 14. Parteitages der CDU in Dresden am 3. 12. 2001)

⁵ Inwieweit Großbritannien und Frankreich ihre nationalen Spezialkräfte in eine europäische Spezialkräftetruppe auflösen wollen, bleibt fraglich

Hechingerstr. 203
72072 Tübingen
Tel 07071/ 49154
Fax 07071/ 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de

22.07.02

Exporte nach Polen aus der BRD stammten und der deutsche Handel mit Polen seit 1995 um 70% gestiegen und der deutsche Export sich im gleichen Zeitraum verdoppelt habe.

Zum anderen soll das militärische Engagement der USA auf dem Balkan zugunsten einer de facto Übernahme der Protektorate Bosnien, Mazedonien und Kosovo durch die Europäische Union, eingeschränkt werden. Die Osterweiterung habe enorme wirtschaftliche Gewinne Deutschlands zur Folge. Rüge stellte in derselben Rede die Vorteile einer Erweiterung unmissverständlich heraus: "Durch die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten und ihrer Wachstumsmärkte wird die Europäische Union als mit Abstand größter Binnenmarkt der westlichen Welt ihre Interessen im globalen Wettbewerb besser behaupten können, sie wird ihr Gewicht und ihren Einfluss in der Welt und in den internationalen Organisationen wie der UNO und der Welthandelsorganisation WTO erhöhen können. Ein solches stabiles und starkes Europa wird als ein wirksamer Stabilitäts- und Ordnungsfaktor handeln können und wird damit auch die transatlantische Partnerschaft stärken."⁶

Die Osterweiterung der Europäischen Union sei nicht nur ökonomisch lukrativ, sondern sie müsse mit einer Übernahme der Protektorate Bosnien, Mazedonien und Kosovo durch die Europäische Union einhergehen. Auf dem 14. Parteitag der CDU in Dresden im Dezember 2001 wurde folgende Feststellung gemacht: "Wir sollten vielmehr von uns aus Vorschläge machen, wie Europa eine stärkere Rolle übernehmen kann. Deswegen sollten wir uns bereits heute darauf einstellen, die Friedensmissionen nicht nur in Mazedonien, sondern auch in Bosnien und mittelfristig auch im Kosovo in europäischer Hauptverantwortung durchzuführen."⁷

Des Weiteren versucht die CDU/CSU-Führung die Nato auf eine Aufnahme der Staaten Bulgarien und Rumänien zu drängen. Die Gründe hierfür sind eindeutig. Auf dem deutsch/ europäischen Hinterhof Balkan soll Ruhe herrschen. Die Blickrichtung hat sich längst, angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der Europäischen Union von Erdöl und Erdgas aus dem Nahen Osten und dem Gebiet des Kaspischen Beckens auf diese Regionen konzentriert.

So äußerte sich die CSU-Landesgruppe im deutschen Bundestag: "Aufgrund der zahlreichen Konflikte im Krisenbogen Balkan, Kaukasus, Naher und Mittlerer Osten und nördlicheres Afrika werden wir (...) den strategischen Focus der Nordatlantischen Allianz nach Südosten ausrichten. Auch deshalb müssen beim Nato-Gipfeltreffen im Herbst (...) auch Rumänien und Bulgarien zum Beitritt eingeladen werden."⁸

In einem Antrag der CDU im Bundestag legte diese nach, indem man sich von der Überlegung leiten lassen sollte, "dass eine um Bulgarien und Rumänien erweiterte Nato für den krisengeschüttelten Balkan einen spürbaren Stabilitätsgewinn bedeuten würde und das diesen Ländern mit Blick auf die Verbindung zur Türkei sowie aufgrund der gemeinsamen Grenze zwischen Rumänien

und der Ukraine eine herausgehobene geostrategische Bedeutung zukommt".⁹ Dabei kommt es nicht so sehr auf das teure Vorhaben an, diese Staaten auch wirklich auf Nato-kompatible Militärstandards zu bringen, sondern Bulgarien und Rumänien werden eher für die Zwecke westlicher Staaten benutzt. (Die gleiche Vorgehensweise wird beim Thema Türkei/EU weiter unten festzustellen sein). Der Nutzen Bulgariens und Rumäniens liegt in der Gewährung von Überflugsrechten, beim Zugang zum Schwarzen Meer und bei dem Vorteil, daß der Kernbereich ihres Militärs (spezielle Einheiten) schon Nato-kompatibel sind. Die Forderung der CDU/CSU scheint mehr in Richtung Benutzung Bulgariens und Rumäniens hinauszulaufen als auf eine vollständige Integration dieser Staaten in die Nato.

In einem deutsch-französischen Seminar der CDU-nahen Konrad-Adenauer Stiftung wird die Bedeutung des kaspischen Raums für die Europäische Union nochmals hervorgehoben. "Auch für eine Regelung der ethnischen Konflikte im südlichen Kaukasus muss Europa einen größeren Beitrag leisten. Im Windschatten der Afghanistan-Operation ist der Konflikt um das von Georgien abtrünnige Abchasien erneut eskaliert, und der staatliche Zusammenhalt Georgiens ist akut gefährdet - es entsteht ein neues "schwarzes Loch" der Ordnungslosigkeit. Es wird höchste Zeit, dass die EU mit politischen Initiativen und wirtschaftlicher Flankierung zur Stabilisierung dieser strategisch bedeutsamen Schnittstelle zwischen Europa und dem ressourcenreichen kaspischen Raum beiträgt."¹⁰

In diesem Zusammenhang ist auch das Bestreben der CDU/CSU zu sehen, die Behandlung der Türkei durch die Europäische Union eine neue Qualität zu verleihen. Diesem Schlüsselstaat zum Nahen- und Mittleren Osten soll eine Mitentscheidungsbefugnis in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährt werden. Als Gegenleistung erhält die Europäische Union die türkische Infrastruktur für militärische Operationen im Kaspischen Raum. Wohlgermerkt für europäische Operationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und nicht im Rahmen der Nato, denn in der Nato ist die Türkei schon längst Mitglied, genauso wie auch alle relevanten Staaten der Europäischen Union.

In dem schon erwähnten Vortrag Volker Rühes vor dem Forum "Wirtschaft und Politik" führte der Ex-Verteidigungsminister aus: "Die Mehrzahl potenzieller ESVP-Einsatzszenarien befindet sich in geographischer Nähe zur Türkei, wodurch eine Inanspruchnahme türkischer Nachschubwege unabdingbar wird. Das hat sich aktuell im Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan gezeigt. (...) die EU sollte der Türkei den Status eines assoziierten ESVP-Mitglieds verleihen."¹¹ Es scheint sich herauszukristallisieren, dass der Türkei eine neue Rolle in der EU-Konzeption zgedacht werden soll und die bisherige Kritik der EU an Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in den Hintergrund treten werden, angesichts der Stellung der Türkei in der kommenden „zweiten Phase des Kriegs gegen den Terror“.

⁶ Deutsche Interessen an der EU-Erweiterung. Rede vor dem Forum "Wirtschaft und Politik" in Dortmund, 16. 11. 2001

⁷ Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. Einführung in den Antrag des Bundesvorstands (Auszug aus einer Niederschrift des 14. Parteitags der CDU in Dresden am 3. 12. 2001)

⁸ Sicherheitspolitische Prioritäten neu setzen. Erklärung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

⁹ Deutscher Bundestag; Drucksache 14/8100, Antrag der CDU/CSU-Fraktion, 29. 1. 2002

¹⁰ Sicherheitspolitik nach dem 11. September. Herausforderungen für eine Außenpolitik (Deutsch-Französisches Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung in Roquebrune, von Volker Rüge, 22. 11. 2001)

¹¹ Deutsche Interessen an der EU-Erweiterung. Rede vor dem Forum "Wirtschaft und Politik" in Dortmund, 16. 11. 2001

Die aktuelle politische Entwicklung in der Türkei ist nicht zu unterschätzen. Dort hat der noch amtierende Präsident Bülent Ecevit die Regierungsmehrheit verloren und (nach dem bisherigen Stand der Dinge) wird eine neue sozialdemokratische Partei gegründet werden, die erstens die Regierungsverantwortung bei der nächsten Wahl wahrscheinlich übernehmen und zweitens einen Pro-EU-Kurs einschlagen wird. Trotzdem ist eine Aufnahme der Türkei in die EU in absehbarer Zeit negativ zu bewerten, da ein Beitritt nicht gewollt wird, sondern die Türkei für EU-Interessen nur benutzt werden soll. Mit diesem Hintergrund ist auch die Forderung verständlich, der Türkei nur den Status eines assoziierten ESVP-Mitglieds zu verleihen.

Unabhängig davon strebt die Bundesrepublik Deutschland schon lange einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Einen Sitz im Sicherheitsrat ist nicht nur ein Symbol des Ansehens und die Anerkennung als Großmacht zu haben, sondern in dieser Position kann man entscheidende Weichenstellungen in den internationalen Beziehungen vornehmen. Da es als unwahrscheinlich anzusehen ist, dass Deutschland einen Sitz bekommt, läuft der Weg mal wieder über die Europäische Union. Deshalb formulierte der CDU-Bundesvorstand auf dem 14. Parteitag den Antrag, "dass die bereits bestehenden ständigen Sitze von Großbritannien und Frankreich in einer Übergangsphase europäisch mandatiert werden sollten; später könnten diese dann von Europa eingenommen werden."¹² Damit wären zweifünftel der Stimmen im UN-Sicherheitsrat europäisiert und nicht mehr der alleinigen nationalen Verantwortung Großbritanniens und Frankreichs überlassen und Deutschland bekäme ein Mitspracherecht in den Angelegenheiten des UN-Sicherheitsrates. Ob diese beiden Staaten und die anderen Mächte das zulassen würden, steht auf einem anderen Blatt Papier.

Die europäische Handlungsfähigkeit zu steigern, liegt wohl auch der Beschluss des letzten Parteitages von CDU/CSU zugrunde: "Europa sollte das Angebot des amerikanischen Präsidenten Bush zur Schaffung eines über nationale Raketenabwehr (NMD) hinausgehenden umfassenden Abwehrsystems aktiv aufgreifen und sich mit eignen Initiativen für eine europäische Schutzkomponente in den Entscheidungsprozess einbringen. Aus NMD muss AMD (Allied Missile Defense) werden."¹³ Die geplante Beteiligung am Raketenabwehrsystem der USA mit einer europäischen Komponente beziehungsweise die Weiterentwicklung zur Allied Missile Defense dient dem Ziel Einfluss auf die Handlungen der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Der Zweck der amerikanischen nationalen Raketenabwehr hat Jürgen Wagner in seiner Studie "Krieg aus dem All?"¹⁴ treffend geschildert. Er geht von der Annahme aus, dass NMD der defensive Teil einer offensiven Strategie der USA ist, global militärisch agieren zu können. NMD dient dabei als Schutzschild. Da nun von der CDU dafür plädiert wird, sich auch unter diesen Schutzschild zu stellen, kann davon ausgegangen werden, dass die militärischen Ambitionen der Europäischen Union / Deutschlands, in Regionen in denen sogenannte "Schurkenstaaten" mit atomaren, biologischen oder che-

mischen Waffen und geeigneten Trägermitteln sind, gedeckt werden soll.

Zu all diesen politischen Vorhaben der Konservativen ist eine Änderung des bisherigen Umbaus der Bundeswehr wie sie im Juni 2000 von Verteidigungsminister Scharping beschlossen wurde, nötig. Generell ändert sich nichts daran, die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umzugliedern und neu auszurüsten. Aber in mehreren Bereichen wird sich doch einiges erheblich ändern. Die Bundeswehrgröße soll 300.000 SoldatInnen bei einem Wehrpflichtigenanteil von 100.000 Soldaten betragen. Das Modell sechs Monate Wehrdienst und zwei mal sechs Wochen "Auffrischung" innerhalb von drei Jahren soll abgeschafft werden. Statt dessen können Wehrpflichtige nun, freiwillig versteht sich, aber versüßt durch hohe Auslandsvergütungen, ab dem sechsten Dienstmonat an Auslandseinsätzen teilnehmen (für Auslandseinsätze gekauft werden, könnte man ergänzen).¹⁵

Erstaunlich ist die Tatsache, dass die CDU-Führung mit der Beibehaltung der Wehrpflicht (der Wehrpflichtigen-Anteil wird sogar gegenüber dem SPD-Modell erhöht), die Armee verhindert, die für weltweite Interventionen am effizientesten wäre: die Berufsarmee. Die CDU/CSU steht somit ihren deklarierten Zielen selbst im Weg.

Die neue Bundeswehrstruktur soll hauptsächlich auf die "Herausforderungen des Terrorismus" angepasst sein. So steht im Regierungsprogramm der CDU/CSU: "Eine zeitgemäße Bundeswehrreform baut auf einer Neuorientierung und Anpassung der Zielsetzung der deutschen Streitkräfte auf. Für die Zukunft wichtige Fähigkeiten sind: Rasche Einsatzfähigkeit schnell verlegbarer Verbände, personelle und materielle Durchhaltefähigkeit, höchste technische Standards bei der Bewaffnung, bei den Führungs- und Kommunikationsmitteln und bei der Aufklärung. Zur Abwehr der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sind mehr Antiterrorereinheiten, Gebirgs- und Fallschirmjäger notwendig und auch eine Verstärkung der Kräfte zum Objektschutz, des Pionierwesens, des ABC-Schutzes und des Sanitätswesens."¹⁶

Besonders nach dem 11. September wird die Feststellung gemacht, dass durch die "asymmetrische Kriegsführung" anscheinend die äußeren und inneren Bedrohungen immer mehr ineinander übergehen, so dass die Bundeswehr nicht nur gegen äußere Bedrohungen, sondern auch gegen Bedrohungen im Innern eingesetzt werden soll. Im Regierungsprogramm lautet dies so: "Innere und äußere Sicherheit lassen sich immer weniger voneinander trennen. Wir brauchen Strukturen, in denen sich die Kräfte für äußere und innere (...) Sicherheit wirksam ergänzen. Wir werden klare Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten schaffen, um in besonderen Gefährdungslagen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz zu ermöglichen".¹⁷ Um dieses Vorhaben umzusetzen, müsste mit einer 2/3-Mehrheit im Bundestag eine Verfassungsänderung herbeigeführt werden, die es bisher, auch gerade durch die Brisanz dieses Themas, nicht gab. Der Schluss liegt jedoch nahe, dass dieses Mal eine Verfassungsände-

¹² Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. Einführung in den Antrag des Bundesvorstands (Auszug aus einer Niederschrift des 14. Parteitags der CDU in Dresden am 3. 12. 2001)

¹³ ebenda

¹⁴ Wagner, Jürgen: Krieg aus dem All? Die Raketenabwehrpläne der USA, ISW Spezial Nr. 14, Juni 2001

¹⁵ Zukunft der Bundeswehr- Zehn Thesen, Volker Rühle, 21. 3. 2002,

¹⁶ Leistung und Sicherheit- Zeit für Taten. Das Regierungsprogramm von CDU/CSU 2002/2006, S. 71,

¹⁷ ebenda

rung nicht mehr vollständig ausgeschlossen werden kann. Erstens werden im Zeitalter der Globalisierung Territorialgrenzen in ihrer Bedeutung relativiert. Eine eindeutige Trennung zwischen Innenpolitik und Außenpolitik in der BRD wird als zunehmend fragwürdig betrachtet.¹⁸ Und zweitens stehen vor diesem Hintergrund alle Parteien ausser der PDS einem Einsatz der Bundeswehr im Innern nicht mehr vollständig ablehnend gegenüber. Zumal der Einsatz der Bundeswehr beim Objektschutz schon jetzt gängige Praxis ist, wird wohl ein fließender Übergang zum Einsatz im Innern die wahrscheinlichste Vorgehensweise sein.

Die künftige Finanzierung sieht folgendermaßen aus: "Die Bundeswehr benötigt einen Verteidigungshaushalt von 50 Mrd. DM im nächsten Jahr und ein stetiges Wachstum. Darüber hinaus sind Anschubfinanzierungen für ein Investitionsprogramm in Höhe von 2 Mrd. DM erforderlich".¹⁹ Der Vorschlag Volker Rühes geht noch weiter, er will "den Verteidigungshaushalt auf rund 26 Mrd. Euro anheben. Zusätzlich wird eine einmalige Anschubfinanzierung von 1 Mrd. Euro für Sofortmaßnahmen in weitgehender Eigenverantwortung der Kommandeure bereitgestellt, (...) Im Finanzplan wird wieder eine Steigerung vorgesehen: der Verteidigungsetat wird um 6 % jährlich für wenigstens vier Haushaltsjahre weiter aufgestockt."²⁰ Eines zeigen diese Vorhaben deutlich, der Umbau zu einer interventionsfähigen Armee soll mit aller Schnelligkeit vorangetrieben werden. Im Gegensatz zur bisherigen Finanzierung bewegen sich die Finanzierungsvorhaben der Konservativen um mehrere Milliarden Euro auf weit höherem Niveau. Allerdings bleibt anzumerken, dass die bestellten, aber nicht zu finanzierenden rüstungstechnischen Grossvorhaben auch von einer Stoiber-Regierung finanziell nicht zu heben sein werden. Die Vermutung liegt nahe, dass die Kontinuität der ungesicherten Finanzierung (wie vom ehemaligen Verteidigungsminister Scharping bereits vorgeführt), von Mammutprojekten, wie der Airbus-Militärtransporter, am Bundestag vorbei ohne Absicherung im Bundeshaushalt fortgeführt werden wird.

Es sind noch zwei Vorhaben zu nennen, die beide in der Beschlussfassung der 31. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis zum 9. Januar 2002 auftauchen.

Es soll "ein "Nationaler Sicherheitsrat" zur umfassenden, ressortübergreifenden Analyse neuer Bedrohungen der äußeren und inneren Sicherheit, zur Vorbereitung politischer Entscheidungen, zur Koordination aller Abwehrkräfte und zur einheitlichen Führung im Krisenmanagement"²¹ geschaffen werden.

Was dieser "Sicherheitsrat" genau sein soll, kann man nur anhand der ihm zugeschriebenen Funktionen erahnen. Zumindest scheint eine Instanz in Planung zu sein, die die Verantwortung für Militäreinsätze, die bisher noch beim Parlament liegt, beschneidet, oder die Entscheidungen zumindest vorstrukturiert. Unwahrscheinlich ist dies nicht, denn in der Klausurtagung wurde an-

¹⁸ Vgl. Stanley, Ruth, Die Remilitarisierung der inneren Sicherheit; Wissenschaft und Frieden, 3/2002, S. 28

¹⁹ Die Bundeswehr im Bündnis- Bündnis für die Bundeswehr. Homepage der CDU, www.cdu.de

²⁰ Zukunft der Bundeswehr- Zehn Thesen, Volker Rühe, 21. 3. 2002

²¹ Neue Prioritäten für die Sicherheitspolitik (Beschluss der 31. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7.-9. 1. 2002)

dererseits folgender Beschluss gefasst. "Das Verfahren zur Wahrnehmung des Parlamentsvorbehalts bei Bundeswehreinsätzen bedarf der Überprüfung. Es müssen Wege gefunden werden, die es der Bundesregierung in Vorbereitung der abschließenden Entscheidung des Parlaments erlauben, Vor- und Erkundungskommandos der Bundeswehr ins Einsatzland zu entsenden. Gleichzeitig muss die Frage geklärt werden, wie die Verantwortlichkeit der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag nach einer Entsendung wahrgenommen werden kann. Dies beinhaltet ein Rückholrecht des Bundestages bzw. einer Anpassung des Mandats an eine veränderte Lage. Das derzeitige Verfahren mangelt an Flexibilität (...) Die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit darf aber unter dem verfassungsrechtlich begründeten Zustimmungsvorbehalt des Parlaments nicht behindert werden. Dies alles macht es sinnvoll, in der nächsten Legislaturperiode ein Bundeswehreinsatzgesetz zu verabschieden." Die CSU spricht eine klare Sprache. Das Parlament soll bei militärischen Interventionen entmachtet werden. Anscheinend soll allein die Regierung über Krieg und Frieden entscheiden dürfen, da die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet werden soll.

Dass diese Äußerung ein ernsthafter Gedanke ist, wird durch die Ernennung Wolfgang Schäubles ins "Kompetenzteam" Edmund Stoibers als Verantwortlicher für Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik unterstrichen. Schäuble war nämlich derjenige, der in der Debatte um den Mazedonien-Einsatz vor einem Jahr für die Abschaffung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr plädierte.

Die Ursprünge seiner Idee gehen allerdings schon auf das Jahr 1993 zurück, als Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungsrechtlich noch unzulässig waren. Die Verfassungsmäßigkeit von Out-of-area-Einsätzen, die nicht eindeutig einen humanitär-helfenden Charakter (z. B. Transport von Lebensmitteln) haben, wurde vom Bundesverfassungsgericht erst am 12. 7. 1994 im sogenannten Awacs-Urteil festgestellt. Bedeutend war damals allerdings auch, dass alle Parteien im Bundestag ausser die CDU/CSU Positionen inne hatten, die Bundeswehreinsätze ablehnten.

Essentiell bleibt, dass mit der neuen Legitimation Terrorismus die deutsche Interessendurchsetzung in der Europäischen Union verstärkt und der Umbau der Bundeswehr zu einem kriegsführungsfähigen Instrument der Außenpolitik forciert werden soll. Zusätzlich soll das Hindernis der Entscheidungsbefugnis des Parlaments über Interventionseinsätze beseitigt und die Bundeswehr im Innern, gegen die eigenen Mitmenschen eingesetzt werden. Dies gilt es zu verhindern.

* Michael Haid ist IMI-Beirat und Student der Politikwissenschaft in Tübingen. Sein Fachbereich ist die Bundeswehr.

Michael Haid hat jetzt eine Studie vorgelegt über die Strategiepapiere zur Bundeswehr unter der rot-grünen Regierung. Diese Studie und weiteres Material ist bestellbar bei:

IMI, Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax: 07071-49159, e-mail: IMI@imi-online.de und Internet: <http://www.imi-online.de>

<p>IMI-Spendenkonto: Kreissparkasse Tübingen BLZ 641 500 20 Konto 166 28 32</p>
